No. 404. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung“ erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigen Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigen Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Freitag, 28. August 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Sonnenstr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Alexanderstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schlesischer Straße 27 (am Weddingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannisstiftsstr.), Kirchdorf. Prinz-Handjerystraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königs-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Junkerdisziplin.

Der in die Form einer Drohnote gekleidete scharfe Verweis, den gestern die in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten preußischen Junker dem preußischen Ministerpräsidenten und dem Minister des Inneren öffentlich appliziert haben, wird heute in der „Köln. Ztg.“ beantwortet. Natürlich fällt die Antwort nicht so aus, wie man mit dem übermütigen und frechen Junkerklüngel reden sollte. Zahm und lahm klingt die Entgegnung, als ob man förmlich um gutes Wetter flehen müßte. Entschuldigt wird in dieser Antwort Herr v. Moltke, wie wenn man es geradezu nötig hätte, für ihn auf mildernde Umstände zu plädieren. So schreibt heute die „Köln. Ztg.“

In der in Nr. 908 wiedergegebenen parteioffiziösen Erklärung der „Konservativen Korrespondenz“ und ebenso in dem nachfolgenden Artikel der „Kreuzzeitung“ ist der Wunsch ausgesprochen worden, eine Verschärfung der Lage zu vermeiden. Wir wissen nicht, ob durch die beiden Artikel nicht das Gegenteil erreicht werden wird. Wir unserseits wollen aber jedenfalls nichts zu dieser Verschärfung beitragen und in den nachfolgenden Betrachtungen streng sachlich bleiben. Es ist eine ganz eigenartige Erscheinung, daß sich der konservativen Partei sofort eine nervöse Erregung bemächtigt, wenn ein Minister, der doch eigentlich Vorgesetzter der Regierungsbeamten ist, die Handlungsweise eines solchen Herrn nicht billigt oder gar das ihm gegenüber zum Ausdruck bringt. Im Falle des Regierungspräsidenten von Schleswig ist weiter nichts geschehen, als daß dieser Herr auf Urlaub gegangen ist, und zwar, wie man aus der ganzen Gesamtlage und aus den im Falle Schücking veröffentlichten Erklärungen des Ministers des Inneren ohne jede Ueberklugheit entnehmen kann, auf Veranlassung dieses Ministers. Wenn das zutreffend ist, so hat der Minister nichts anderes getan, als von einer Machtvollkommenheit Gebrauch gemacht, die ihm sein Amt gibt.

Nun soll gar die Beamtendisziplin auch noch dem Freisinn zum Opfer gebracht worden sein! Auch hierfür fehlt uns das Verständnis, und wir würden im Gegenteil viel eher eine Verletzung der Disziplin darin erblicken, daß ein Minister des Innern Mißgriffe eines Regierungspräsidenten ruhig über sich ergehen ließe. In den preußischen Konservativen steckt so viel militärische Schulung, daß sie eigentlich für den Begriff der Disziplin ein richtigeres Verständnis haben sollten, als es sich aus jener Ausführung ergibt.

Der Versuch, den Konservativen mit Vernunftgründen oder mit dem verbrieften Recht der Minister beizukommen, ist wahrhaft komisch! Gewiß, Rechte und Befugnisse der Minister sind dazu da, angewendet zu werden; aber doch nicht gegen die preußischen Junker! Nicht gegen ihre politischen Interessen!

Gegen liberale Bürgermeister, gegen liberale Lehrer, gegen andere liberale Sünder, ei, da mag und muß die Staatsbureaukratie im Interesse der reaktionären Junkerpolitik dreinschlagen, daß es nur so kracht! Da wird es sogar von dem Junkerklüngel als grobe Pflichtverletzung angesehen, wenn die Bureaukratie sich in der Etablierung derartiger Ketzergerichte saumselig zeigt. Aber wenn von Disziplin die Rede ist, dann versteht die „zum Herrschen prädestinierte Kaste“ darunter: daß die preußischen Minister nichts tun, was die reaktionären Zirkel des regierenden Junkertums stört. Unter Disziplin verstehen die preußischen Junker nicht die Disziplin, die sie anderen schuldig sind, sondern einzig und allein die Disziplin, die man ihnen schuldig ist.

Wie sagte doch einer der preußischen Junker vor einigen Jahren im Zirkus Busch unter dem tosenden Beifall von 5000 Junkern und Agrariern in bezug auf die etwa „unbotmäßigen“ obersten Staatsdiener? „Die Minister können uns — sonst was!“

Wer will dafür bürgen, daß auf die leidenschafte Entschuldigungsnote in der „Kölnischen Zeitung“ nicht jetzt die einladende „Sonst was“-Formel in irgendeiner seelenvollen Variante als Replik erfolgt?

Der gemaßregelte Hansen.

Luftklappe und Sitzgelegenheit.

Die Maßregelung des Lehres Hansen in Tönnig ist bisher noch nicht dementiert worden, und so darf man wohl, sagt die „Lib. Corr.“, behaupten, daß die Mitteilungen darüber eben nicht zu dementieren sind.

Der in Kürze schon bekannt gewordene Sachverhalt stellt sich in ausführlicherer Weise wie folgt dar:

Hansen hatte im Reichstagswahlkampfe 1907 für den liberalen Kandidaten, Abgeordneten Dr. Leonhart, agitiert, in einer Stadtverordnetenstichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten als bürgerlicher Demokrat sich der Stimme enthalten, aber den Durchfall des Nationalliberalen eine gewisse Freude geäußert und sich schließlich auch nicht geniert, einem verstorbenen sozialdemokratischen Mitbürger das letzte Geleit zu geben. Auch wurde von ihm die Aeußerung bekannt: „Mir gibt es immer einen Stich ins Herz, wenn ich die bleichen Gesichter meiner Schulkinder sehe und mir dann sagen muß, daß diese Not wesentlich durch die Schutzzollpolitik verschuldet wird.“

Als der Landrat von diesen „Ausschreitungen“ hörte, schrieb er flugs einen Bericht an die Regierung: „Es wäre sehr empfehlenswert, den politisch so bedenklich tätigen Lehrer Hansen so schnell wie möglich zu beseitigen.“

Nach einigen Tagen hieß es in Tönning: „Ein Regierungsrat ist eingetroffen. Es geht gegen den Lehrer Hansen. . . .“ Hansen lag krank daniedder und war nicht vernehmungsfähig. Der Regierungsrat wußte sich aber zu helfen. Er vernahm den — Denunzianten. Die liberale Agitation, die Stimmenthaltung in der Stadtverordnetenwahl, das Begräbnis des Sozialdemokraten — das alles wurde notiert. Höheren Orts wurde darauf wie folgt berichtet:

„Ich rate ganz entschieden, bei Hansen die höchst zulässige Strafe von neunzig Mark in Anwendung zu bringen. Wird der sozialdemokratische Agitator(?) gleich zwangsweise pensioniert, dann hätte er jetzt noch Pension zu beanspruchen. Aber hat er erst diese Vorstrafe aufzuweisen, dann kann er ohne jede Pension bei dem nächsten Fehltritt entlassen werden.“ Hansen erhielt daraufhin folgende Anklageschrift:

„Es wird hiermit das Disziplinarverfahren gegen Sie eröffnet, weil Sie die Luftklappen Ihrer Klassentür nicht vorschriftsmäßig geschlossen gehalten und außerdem dem Herrn Schulinspektor bei seinem letzten Besuche nicht mit der angemessenen Schnelligkeit eine Sitzgelegenheit angeboten haben.“

Von dem politischen „Vergehen“ kein Wort! Hansen wurde aber wirklich zu der höchst zulässigen Strafe verurteilt, damit er das nächste Mal — ohne Pension hinausfliegen kann!

* * *

Wir glauben, daß demjenigen, der dieses preußische Verwaltungsintermezzo so kennzeichnen wollte, wie es dem berechtigten ehrlichen Zorne über die Angelegenheit gemäß wäre, „mit angemessener Schnelligkeit“ alsbald eine „Sitzgelegenheit“ angeboten würde vom — Staatsanwalt. Wir warnen daher Leute mit beweglicher Zunge davor, sich über diese Affäre anders als etwa so zu äußern, daß auch hierin die ganze Herrlichkeit Preußen-Deutschlands sich beneidenswert schön offenbare.

Volksbildung und Wirtschaftsleben.

Zum Gedächtnis von Schulze-Delitzsch.

Auf dem Allgemeinen deutschen Genossenschaftstage in Frankfurt ist der Vater des deutschen Genossenschaftswesens insbesondere wegen seiner volkswirtschaftlichen Verdienste gefeiert worden. Man hat aber auch nicht vergessen, darauf hinzuweisen, daß Schulze-Delitzsch das Problem der wirtschaftlichen Entwickelung tiefer erfaßte und immer wieder darauf hingewiesen hat, daß jeder wirtschaftliche Fortschritt vorbereitet und getragen sein muß von geistigen und sittlichen Kulturfortschritten, also von Bildungs- und Erziehungsarbeit. Schulze-Delitzsch wurde nicht müde, in seinen Vorträgen und Schriften insbesondere den Arbeitern (Vgl. „Sechs Kapitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus“) immer wieder zu sagen, daß nur die Steigerung der menschlichen Kräfte und ihre Vergeistigung dem Arbeiter größere materielle Erträge bringen und die soziale Frage lösen könne. In Konsequenz dieser Anschauungen ließ der mit Arbeit überbürdete Mann sich gern bereit finden, die Leitung der im Jahre 1871 begründeten Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zu übernehmen und bis zu seinem Tode fortzuführen.

Es ist auch heute nicht überflüssig darauf hinzuweisen, daß geistige Fortschritte wirtschaftliche Entwickelungen nach sich ziehen, und daß Stillstand und Rückgang in der geistigen Kultur sich als Stillstand und Rückgang im Wirtschaftsleben geltend machen. Eine geistig aufstrebende Bevölkerung eignet sich höhere Arbeitsmethoden an, benutzt alle technischen Hilfsmittel, erfindet neue Maschinen, organisiert Handel und Verkehr und strebt nach Erweiterung des Kreises ihrer wirtschaftlichen Unternehmungen. Eine in ihrer geistigen Kultur zurückgehende Bevölkerung dagegen vermag ihre wirtschaftlichen Errungenschaften nicht festzuhalten, sie kehrt zu primitiveren wirtschaftlichen Arbeitsmethoden zurück, produziert weniger und Minderwertigeres und verschwindet von den großen Märkten.

Die geistige Kultur ist die Mutter fortgeschrittenen wirtschaftlichen Schaffens. Aber umgekehrt ermöglichen auch erst die Erträge so qualifizierter Arbeit eine durchgreifende Volksbildung. Ein armes Volk kann weder Schulen noch Bibliotheken, Theater und Museen für alle errichten.

Im Deutschen Reiche bleibt manche Versäumnis einzuholen. Das deutsche Volk verausgabt für seine Volksschulen jährlich über eine halbe Milliarde, das Doppelte ist nötig, um überall vollwertige Volksschulen zu schaffen. Ungezählte Millionen sind weiter nötig für Fortbildungsschulen, Volksbibliotheken und für belehrende und bildende Veranstaltungen für die Erwachsenen. Wir sollten diese Millionen opfern, sie sind werbendes Kapital.

Mit bewundernswerter Klarheit hat der Vater des deutschen Genossenschaftswesens Schulze-Delitzsch die gegenseitige Bedingtheit des geistigen und wirtschaftlichen Fortschrittes dargelegt und damit unserer Bildungspolitik wertvolle Fingerzeige gegeben. Darum legen morgen auf Schulze-Delitzschs Grab auch die Vertreter der Volksbildung ihre Kränze nieder mit dem Wunsche, daß die Anschauungen des großen Volkslehrers immer mehr zu Leitsternen der staatlichen und kommunalen Verwaltungen werden möchten.

Karlsbad, 27. August. An dem zu Ehren des Königs Eduard vom russischen Minister des Auswärtigen Iswolsky gegebenen Diner hat auch der österreichisch-ungarische Botschafter in Petersburg, Graf Berchtold teilgenommen.

Ein Irrtum.

Ein Irrtum, und zwar ein sehr bedauerlicher Irrtum, ist dem kommandierenden General des 16. Armeekorps, dem General v. Prittwitz und Gaffron, in der Rede passiert, mit der er gestern bei der Paradetafel in Metz dem Kaiser den Dank des 16. Korps für die gespendete Anerkennung „zu Füßen legte“. Die Rede, die wir sonst überhaupt nicht erwähnen würden, da sie nach dem Schema aller derartigen Reden gearbeitet ist, wird nur durch den darin zutage getretenen Irrtum interessant. Der General sagte nämlich:

„Ew. Majestät darf ich versichern, daß das 16. Armeekorps, das ja aus Söhnen fast aller Gaue des weiten mächtigen **Reiches Ew. Majestät** besteht, von gleichem Diensteifer beseelt ist, und vor allem getragen wird von der innigen Liebe und Verehrung zu unserm allerhöchsten Kriegsherrn.“

Dieser Satz beweist, daß der General v. Prittwitz mit den Feinheiten der Verfassung des Deutschen Reiches sehr wenig Bescheid weiß. Denn das Deutsche Reich ist nicht Monarchie, sondern ein Bundesstaat, zusammengesetzt aus soundsoviel einzelnen souveränen Bundesstaaten. Der König von Preußen bekleidet nichts weiter als die Würde des Deutschen Kaisers und damit das Präsidium der Bundesstaaten. Er ist aber darum noch lange nicht Landesherr des Deutschen Reiches. Einen solchen gibt es nicht. Es war also ein grober Irrtum, vom Deutschen Reiche als dem „Reiche Euer Majestät“ zu sprechen.

Dieser Irrtum ist um so bedauerlicher und unverzeihlicher, als er an einer Tafel zum Ausdruck kam, an der verschiedene, nichtpreußische, süddeutsche Bundesfürsten saßen. Man sollte solche Ausdrücke eines spezifischen Preußentums vermeiden, denn sie sind geeignet, das ohnehin in Süddeutschland gegen die Verpreußung Deutschlands bestehende, leider allzu berechtigte Mißtrauen zu verstärken und ihm neuen Stoff zuzuführen. Noch ist in München das entrüstete Wort des Prinzen Ludwig von Bayern, „Verbündete, nicht Vasallen“ nicht vergessen. Will man eine Wiederholung dieses Protestes hervorrufen? Einst erklärte ein romantisch veranlagter und zu Ueberschwenglichkeiten geneigter preußischer König, Friedrich Wilhelm IV., unter dem Drucke des Märzereignisses von 1848: „Preußen geht fortan in Deutschland auf.“ Das Wort konnte man gelten lassen. Leider hat es sich nicht erfüllt. Aber vor seiner Umkehrung: „Deutschland geht in Preußen auf“ möge uns der Himmel bewahren! Denn noch findet die preußische Reaktion in Süddeutschland einigen Widerstand.

Die Antiverkehrssteuer.

Wie ungünstig die Fahrkartensteuer auf die Einnahmen der preußischen Eisenbahnverwaltung einwirkt, mögen einige amtliche Zahlen zeigen: Der Reinüberschuß, der bei der hessisch-preußischen Eisenbahnverwaltung bisher stets gestiegen war, wird im Rechnungsjahre 1908 wahrscheinlich bedeutend fallen. Während er 1905 552,246,000 Mark, 1906 581,658,000 Mark, 1907 626,308,000 Mark betragen hat, rechnet man für 1908 mit höchstens 616,000,000 Mark, also mit einem Ausfall von über 10 Millionen Mark gegen das Vorjahr. Selbst die Fahrkartensteuer mit ihren 3 Millionen kann diesen Ausfall nicht ausgleichen.

Prinz Heinrich an Graf Zeppelin.

Graf Zeppelin hat, wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, von dem Prinzen Heinrich von Preußen einen Scheck über die Summe von 5364.54 Mark als Ertrag einer freiwilligen Sammlung der Seeoffiziere, Marineingenieure, Sanitätsoffiziere, Beamten, Deckoffiziere und Fähnriche der Hochseeflotte erhalten als Beitrag der Hochseeflotte für den neuen Bau eines Luftschiffes. In dem Briefe des Prinzen heißt es:

Die Hochseeflotte befand sich im Nordatlantik, als die Kunde von dem Mißgeschick des Luftschiffes ihr drahtlos übermittelt wurde. Die Trauer über diesen Vorfall war ebenso allgemein wie der Wunsch, durch pekuniäre Hilfsmittel sich an dem schleunigen Wiederaufbau eines bisher bewährten Systems zu beteiligen. Euer Exzellenz bitte ich, mir glauben zu wollen, daß ich außerordentlich gern nicht nur meine Genehmigung zu dieser Sammlung gab, sondern mich sofort zur Annahme der Beiträge und Ueberführung derselben an ihren Bestimmungsort bereit erklärte, erfreut über den gesunden, mutigen und patriotischen Sinn, der in unserem Seeoffizierkorps lebt, einem Korps, welches gewohnt ist, in seinem Beruf mit Mißerfolgen und Verlusten jeder Art zu rechnen, hervorgerufen durch elementare Naturgewalten.

Graf Zeppelin hat an den Prinzen Heinrich ein Dankschreiben gerichtet, in dem es heißt: In hohem Maße tröstlich gegenüber manchen Auffassungen, die in der Zerstörung meines Luftschiffes einen fast unvermeidlichen Vorgang für alle starren Luftschiffe sehen, ist mir das Vertrauen der Seeoffiziere, die Eure königliche Hoheit als ein Korps bezeichnen, das gewohnt ist, in seinem Berufe mit Mißerfolgen und Verlusten zu rechnen, hervorgerufen durch elementare Naturgewalten. Sollte diese Ansicht, daß der Verlust eines gewissen Prozentsatzes von Fahrzeugen unvermeidlich ist. Gemeingut aller werden, so werde ich das der bahnbrechenden Kraft der von Euer königlichen Hoheit und dem Seeoffizierkorps vertretenen großzügigen Auffassung verdanken.

Der Kaiser in Rominten.

Zur Ankunft des Kaisers in seinem ostpreußischen Jagdrevier werden bereits die Vorbereitungen getroffen. Der „H. B.“ wird darüber berichtet: Wenn auch der Tag der Ankunft noch nicht feststeht, so ist das Eintreffen des Monarchen doch zwischen dem 21. und 24. September zu erwarten. Erfahrungsmäßig pflegt um diese Zeit die Brunst des Rotwildes in der Heide einzusetzen. Jedenfalls wird die Kaiserin auch in diesem Jahre den Kaiser nach Rominten begleiten, da der von ihr bewohnte Schloßflügel instand gesetzt wird.